

USA | 03.11.2016 | Lesezeit 3 Min.

Integration statt Isolation

*Der Antihandels-Rhetorik, die im US-Wahlkampf von beiden Präsidentschaftskandidaten zum Stimmenfang genutzt wurde, stehen in der Realität etablierte und gute transatlantische Handelsbeziehungen entgegen. Die USA sind Deutschlands wichtigster Exportmarkt. Neben dem Handel hat auch das Thema der Digitalisierung großes Potenzial, den transatlantischen Markt weiter zu integrieren, findet **Daniel Andrich**, Leiter der gemeinsamen Vertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages in Washington.*

Wie der nächste US-Präsident oder die nächste US-Präsidentin die wirtschaftspolitischen Weichen des Landes stellen wird, ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Die USA sind zum wichtigsten Exportmarkt Deutschlands geworden. Im Jahr 2015 importierten die Vereinigten Staaten Waren aus Deutschland im Gesamtwert von 125 Milliarden Dollar.

Deutsche Firmen beschäftigen in den USA mehr als 670.000 Arbeitnehmer

Über 3.500 Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen haben sich in den USA angesiedelt. Die meisten davon sind US-Niederlassungen kleiner und mittlerer deutscher Betriebe. Rund 4.700 Unternehmen profitieren in den USA von deutschen Kapitalbeteiligungen. Laut des US-Wirtschaftsministeriums beschäftigten im Jahr 2015 deutsche Unternehmen in den USA über 670.000 Arbeitnehmer, rund die Hälfte davon im Verarbeitenden Gewerbe.

Mit Sorgen muss man daher aus deutscher Perspektive die Antihandels-Rhetorik im

US-Wahlkampf betrachten, die Ressentiments der Bevölkerung aufgreift und verstärkt, statt diesen aufklärend entgegenzuwirken. Für Deutschland als Exportnation ist ein weitgehend reibungsloser Warenaustausch mit anderen Ländern ausschlaggebend. Nicht nur Deutschland profitiert vom freien Handel. Weltweit stehen jene Länder wirtschaftlich gefestigt da, die im globalen Handelsnetz fest verankert sind und ihre Grenzen für Personen und Waren durchlässig halten.

Für die deutsche Wirtschaft ist entscheidend, dass Märkte offen bleiben und stabile politische und rechtliche Rahmenbedingungen herrschen. Hierfür muss sich die nächste US-Administration einsetzen.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump macht wiederholt Handelsabkommen für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verantwortlich. Handelsabkommen hätten der gesamten US-Wirtschaft nachhaltig geschadet. „Americanism, not Globalism“ werde seine Präsidentschaft bestimmen. Die Transpazifische Partnerschaft (TPP) werde er ablehnen und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) neu verhandeln.

Sowohl Trump als auch Clinton kritisieren Handelsabkommen

Auch die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton kritisiert Handelsabkommen, wenngleich in abgeschwächter Form. Handelsabkommen dürften nicht nachteilig für die USA sein und Jobs ins Ausland verlagern. TPP werde sie als Präsidentin ablehnen. Man dürfe sich aber nicht vom Rest der Welt isolieren. Das in Deutschland kontrovers diskutierte Handelsabkommen TTIP, das den Handel zwischen Europa und den USA regeln soll, wird in den Reden und Debatten beider Kandidaten nicht erwähnt.

Unabhängig davon, wer die Präsidentschaftswahl gewinnen wird: Aus Sicht der deutschen Wirtschaft ist entscheidend, dass die Unternehmen auch in Zukunft in einem auf Vertrauen basierenden transatlantischen Geschäftsumfeld tätig sein können. Dafür müssen Märkte offen bleiben und stabile politische und rechtliche Rahmenbedingungen herrschen. Hierfür muss sich die nächste US-Administration einsetzen.

Beide Seiten des Atlantiks haben digitale Stärken

Neben dem Handel hat das Thema „Digitalisierung“ das Potenzial, den transatlantischen Wirtschaftsraum weiter zu integrieren. Der transatlantische Markt kann sich weltweit am besten behaupten, wenn beide Seiten des Atlantiks ihre „digitalen Stärken“ einbringen: In den USA ist dies die Fähigkeit, riesige Datenmengen zu analysieren und somit immer neue Dienstleistungen für die Endkunden passgenau anbieten zu können; auf europäischer Seite ist es die „Industrie 4.0“, also die vollständige Digitalisierung und Integration der industriellen Wertschöpfungskette. In Zukunft muss das wirtschaftspolitische Potenzial der Digitalisierung in der Politik noch viel stärker als bislang thematisiert werden.

Der Ansprechpartner:

Daniel Andrich *Leiter der gemeinsamen Vertretung von BDI und DIHK in Washington*



Kernaussagen in Kürze:

- Die Vereinigten Staaten sind Deutschlands wichtigster Exportmarkt.
- Mehr als 3.500 Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen haben sich in den USA angesiedelt.
- Die deutschen Unternehmen müssen - unabhängig davon, wer die US-Wahl gewinnt - in einem auf Vertrauen basierenden transatlantischen Geschäftsumfeld tätig sein können.